

(Präsident Schmidt)

(A) Ich rufe Nummer 7 auf:

Einzelplan 01: Landtag

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/801.

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Kollege Hardt, bitte.

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Landtagspräsident hatte die Fraktionsführungen von SPD, CDU und GRÜNEN für den 12. März 1996 zu einem Gespräch eingeladen, um über die Umsetzung des vom Landtag in der 11. Wahlperiode in Auftrag gegebenen KPMG-Gutachtens zu beraten. Es wurden gemeinsame Lösungsansätze besprochen und eine Klausursitzung vereinbart.

Die CDU-Fraktion dankt dem Präsidenten für diesen vereinbarten Weg. Sie wird konstruktiv mitarbeiten. Die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion im Hauptausschuß ist durch diesen Vorgang hinfällig. Wir stimmen dem Einzelplan 01 in zweiter Lesung zu.

(B) (Allgemeiner Beifall)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Kollege Hardt. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 01? - Frau Fischer, bitte sehr.

Birgit Fischer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 01 ist die Arbeitsgrundlage für das Parlament, für die Landtagsverwaltung, für die Fraktionen und für die einzelnen Abgeordneten. Ich bin daher froh, daß die CDU nach den stattgefundenen Gesprächen und nach der Klärung, die dort gefunden worden ist, inzwischen auch sagt, daß sie diesem Haushalt zustimmt. Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wird nämlich davon abhängen, daß es zumindest bei den gemeinsamen Arbeitsgrundlagen eine Übereinstimmung aller Fraktionen über die Fraktionsgrenzen hinweg gibt. Auch wir sind daran interessiert, daß bei der Umsetzung des Organisationsgutachtens über die Fraktionen, über den Ältestenrat und über das Präsidium eine politische Begleitung erfolgt.

Ich denke, daß wir in weiteren Gesprächen dabei auch zu guten Ergebnissen kommen werden. Auf jeden Fall wird es notwendig sein, bei diesen Gesprächen auch den Personalrat und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einzubeziehen; denn nur gemeinsam werden wir hier für Arbeitsgrundlagen sorgen können, mit denen wir alle gut leben können, mit denen wir Bedingungen für das Parlament haben, bei denen ein Streit in der Sache möglich ist, aber auch politisch effektive Ergebnisse herauskommen und wir als Parlament gemeinsam gut zusammenarbeiten können.

Deshalb stimmen wir dem Einzelplan 01 zu und freuen uns darüber, daß dies eine gemeinsame Entscheidung ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Fischer. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Dr. Busch.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Stunde will auch ich mich kurz fassen.

(Beifall bei der SPD)

- Vielen Dank insbesondere für den Beifall von der SPD-Fraktion.

Wir freuen uns darüber, daß die CDU-Fraktion jetzt dem Einzelplan 01 zustimmt vor dem Hintergrund, daß wir ein gemeinsames Beratungsverfahren vereinbart haben, wie wir das KPMG-Gutachten möglichst zügig umsetzen, soweit es uns von der politischen Schwerpunktsetzung her verträglich erscheint. Es ist uns klar, daß wir nicht einfach ein Gutachten eins zu eins umsetzen können, das Gutachter, die nicht in der parlamentarischen Arbeit stehen, entwickelt haben.

Hier gibt es erheblichen Anpassungsbedarf, obwohl wir von der Grundtendenz her dieses Gutachten als eine sehr geeignete Grundlage betrachten, um in diese Beratungen einzusteigen. Aber es beginnt mit der Frage, ob das Budget des Landtags insgesamt gehalten werden soll oder ob wir für die wachsenden Aufgaben mehr Geld brauchen, und geht bis zu den Fragen, wenn man im Rahmen des vorhandenen Budgets bleibt, welche Schwerpunkte zu Lasten welcher anderen Berei-

(C)

(D)

(Dr. Busch [GRÜNE])

- (A) che verstärkt werden sollen, welche Rolle die neuen Informations- und Kommunikationsmedien spielen, wie es mit einem wissenschaftlichen Dienst aussieht, ob dies eine Perspektive hat oder ob es andere Quellen gibt, auf die man zugreifen kann und die vielleicht kostengünstiger als ein eigener wissenschaftlicher Dienst sind.

Diese Fragen sollten jetzt nicht unter dem Druck einer anstehenden Abstimmung im Landtag stehen, sondern die sollten wir in Ruhe bis zur Sommerpause klären. Ich denke, daß wir das auch schaffen können. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Auch Ihnen, Herr Kollege Dr. Busch, vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen zu Einzelplan 01? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe ich die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 01**, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/801.

Wer stimmt dieser Beschlußempfehlung zu? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Die gibt es nicht. Damit ist der Einzelplan 01 in zweiter Lesung einstimmig **angenommen**.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich dafür sehr herzlich.

Ich rufe **Nummer 8** auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1996

Ich verweise erstens auf die Beschlußempfehlungen Drucksachen 12/812, 12/816 und 12/800 und zweitens auf den Änderungsantrag zu Einzelplan 20 Drucksache 12/824.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Sehr geehrter Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben bei der Beratung der zahlreichen Einzelpläne in den vergangenen Stunden und auch schon gestern viel darüber diskutiert, wo denn die laufenden Einnahmen unseres Landes am besten ausgegeben werden sollten. Wir von der CDU sind an vielen Punkten anderer Meinung gewesen, was diese Ausgaben angeht. Wir sind aber auch an einem anderen Punkt der Meinung, daß wir etwas ändern sollten. Wir sind der Meinung, daß auch das Vermögen des Landes - teilweise zumindest - an anderen Stellen besser angelegt wäre.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, Nordrhein-Westfalen muß sein Vermögen dort einsetzen, wo es am wichtigsten ist. Das Land muß sein Vermögen dort einsetzen, wo es wirklich am allernötigsten gebraucht wird. Heute dagegen liegt es teilweise gebunden in Bereichen, wo nicht unbedingt notwendigerweise Landesvermögen gebunden sein muß, wie beispielsweise beim hohen WestLB-Anteil.

(Beifall bei der CDU)

Die notwendige Vermögensmobilisation ist Grundlage für den von uns vorgeschlagenen Beteiligungsverkauf. Das Vermögen des Landes wird wesentlich mehr dort gebraucht, wo wir zusätzliche Verschuldung reduzieren können. Das Vermögen des Landes wird wesentlich nötiger dafür gebraucht, es dort zu investieren, wo auch wirklich Wichtiges angestoßen werden kann. Das ist notwendig. Wir müssen für eine noch viel bessere Allokation der Ressourcen unseres Landes sorgen.

Unser Antrag zeigt, wo das Geld besser investiert werden kann als in dem noch sehr hohen Anteil an der WestLB.

Mir kommt die Regierung ein bißchen so vor wie ein Gärtner, der in seinem Garten steht, diesen Garten bestellen will, um später darin ernten zu können, der aber zu wenig Jungpflanzen hat. Da helfen ihm die vielen Ruhebänke, die in diesem Garten stehen, auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Gärtner muß den Garten verlassen. Dieser Gärtner muß eine Bank verkaufen, um damit in Zukunft investieren zu können, um diese Pflanzen, die er dringend braucht, um die Zukunft zu bestellen, erwerben zu können.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)